



BERLIN

AKTUELL

Ausgabe 188
15. Februar 2019

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

in dieser Sitzungswoche hat der Bundestag unter anderem einer Änderung des Transplantationsgesetzes mit dem Ziel, die Anzahl der freiwilligen Organpenden zu erhöhen, zugestimmt. So sollen beispielsweise die Strukturen in den Entnahmekliniken verbessert werden.

Ebenso haben wir in dieser Woche in erster Lesung das Familienstärkungsgesetz beraten. Ziel dieses Gesetzes ist es, Eltern, die arbeiten, aber nur über ein geringes Einkommen verfügen, besser zu unterstützen. Dies soll in erster Linie über Verbesserungen beim Kinderzuschlag gelingen. So soll der Kinderzuschlag auf 185 Euro erhöht werden und in Zukunft schleichend auslaufen. Bislang fällt der Kinderzuschlag bei Überschreitung einer bestimmten Einkommensgrenze vollständig weg. Das kann dazu führen, dass Familien trotz Gehaltserhöhung weniger Geld zur Verfügung steht. Das ändern wir jetzt, indem wir die Höchst Einkommensgrenze abschaffen und die Leistung bei steigendem Einkommen schleichend ausläuft. Dies war eine zentrale Forderung der Union in den Koalitionsverhandlungen, die nun umgesetzt wird, und ist zugleich ein wichtiges Signal, dass sich Leistung auch lohnt.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

RENTE

Grundrente ja - aber mit Augenmaß!

Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, sollen im Alter über eine auskömmliche Rente verfügen. Das zu gewährleisten, ist eine der Kernaufgaben des Sozialstaates und es gibt wohl kaum jemanden in Deutschland, der gegen diese Forderung seine Stimme erheben würde. Bundesminister Hubertus Heil hat in der vergangenen Woche seine Pläne vorgestellt, wie er dies noch besser als bislang gewährleisten wird. Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD festgehalten, dass Menschen, die 35 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben und bislang auf Grundsicherung angewiesen sind, eine zusätzliche Grundrente erhalten sollen. Als Voraussetzung für den Bezug der Grundrente haben wir zudem festgehalten, dass eine Bedürftigkeitsprüfung stattfindet. Genau dieser, für die Union mitentscheidende Punkt fehlt nun in dem von Bundesminister Heil vorgestellten Konzept. Warum besteht die Union auf der Bedürftigkeitsprüfung?

Es steht außer Frage, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, im Alter nicht in Armut leben sollen. Die Tatsache, dass ein Rentner weniger als 700 Euro Altersrente bezieht, ist hierfür jedoch alleine kein Beleg. Ein Blick in den Alterssicherungsbericht der Bundesregierung zeigt: Knapp die Hälfte der Renten liegt zwar unter 700 Euro, betrachtet man jedoch das zur Verfügung stehende Gesamteinkommen ste-

hen Ehepaaren durchschnittlich 2433 Euro, alleinstehenden Männern 1560 Euro und alleinstehenden Frau 1292 Euro netto pro Monat zur Verfügung. Der Bericht hält zudem fest: „Für alle Haushaltstypen zeigt sich, dass ein geringer Rentenbetrag mit vergleichsweise hohen Gesamteinkommen einhergeht.“ Und genau aus diesem Grund ist die Bedürftigkeitsprüfung für die Union essentiell. Viele Rentner beziehen zwar geringe Bezüge aus der gesetzlichen Rente, ihnen stehen jedoch zusätzliche Einkünfte aus einer betrieblichen oder privaten Altersvorsorge oder aus Mieteinnahmen zur Verfügung. Viele Frauen aus der heutigen Rentnergeneration waren aufgrund von Kindererziehungen zudem nicht oder nur in geringem Maße erwerbstätig, verfügen aber durch die Rente ihres Ehepartners über ein auskömmliches Einkommen. Dies verdeutlicht auch das folgende Rechenbeispiel: Einem Rentner Ehepaar stehen monatlich 4500 Euro netto zur Verfügung. Der Ehemann hat als Radiologe in eigener Praxis gearbeitet, die Ehefrau war auf geringfügiger Basis in jener Praxis angestellt. Die Ehefrau würde nach Heils Plänen zukünftig knapp 450 Euro zusätzlich aus der Grundrente erhalten und dem Ehepaar würden somit 4950 Euro netto zur Verfügung stehen. Die Frage, ob dies zu mehr Gerechtigkeit beiträgt, lässt sich leicht beantworten. Nach meiner festen Überzeugung sollte sich die Grundrente auf jene konzen-

trieren, deren Einkünfte im Alter tatsächlich unter Einbeziehung aller Einkünfte unterhalb der Grundsicherung liegen. Sie haben die Unterstützung der Solidargemeinschaft verdient. Das hat, wie Bundesminister Heil richtig betont,

etwas mit Respekt vor der jeweiligen Lebensleistung zu tun. Die Grundrente nach Heils Plänen würde jedoch per Gießkannenprinzip verteilt werden, mehr als fünf Milliarden Euro pro Jahr kosten und die Solidargemeinschaft

ohne Notwendigkeit über die Maßen belasten. Es gehört zum Markenkern der Union, die Generationengerechtigkeit im Blick zu behalten. Deshalb bestehen wir auf der Bedürftigkeitsprüfung und die Einhaltung des Koalitionsvertrages.

BENELUX

Auf Delegationsreise mit der Parlamentariergruppe BENELUX in den Niederlanden

In der vergangenen Woche war ich mit meinen Kollegen Udo Schiefner (SPD), Otto Fricke (FDP) sowie Ansgar Heveling (CDU/CSU) aus der Parlamentariergruppe BENELUX zu Besuch in den Niederlanden. Neben dem Austausch mit niederländischen Abgeordneten standen diverse Gespräche in Enschede, Rotterdam und Den Haag auf dem Programm. Darunter waren Treffen mit den Bürgermeistern der genannten Städte, der Deutsch-Niederländischen Handelskammer sowie mit Vertretern

terverkehrskorridors zwischen Rotterdam und Genua zu ihren Abnehmern im europäischen Hinterland transportiert werden. Um die Häfen von Amsterdam und Rotterdam besser an das Ruhrgebiet anzuschließen und den Güterverkehr auf den Autobahnen zu reduzieren, hat man sich im Staatsvertrag von Warnemünde zum Ausbau der sogenannten Betuweroute verpflichtet. Auf deutscher Seite soll der Streckenabschnitt zwischen Emmerich und Oberhausen um ein drittes Gleis erweitert werden. Gleichzeitig beinhaltet das Projekt den Bau von 38 zusätzlichen Brücke und Unterführungen sowie die Beseitigung von 55 Bahnübergängen. Während der Ausbau auf der niederländischen Seite bereits abgeschlossen ist, ziehen sich die Planungs- und Genehmigungsprozesse auf deutscher Seite in beinahe allen Streckenabschnitten noch hin. Dies unterstreicht einmal mehr, dass zwei Entscheidungen der Unionsfraktion aus dem vergangenen Jahr dringend notwendig und absolut richtig waren. Erstens haben wir unser Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt und in Rekordzeit den Entwurf eines Planungsbeschleunigungsgesetzes vorgelegt, das ich als verantwortlicher Berichterstatter der Unionsfraktion begleite. Zweitens haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen Mittel für zusätzliches Personal beim verantwortlichen Eisenbahn-Bundesamt bereitgestellt. Der Neu- und Ausbau von wichtigen Verkehrswegen darf in Deutschland nicht länger mit angezogener Handbremse stattfinden.

Das zweite Verkehrsthema der Delegationsreise war die Frage, wie man die Schienenverbindung zwischen Amsterdam und der deutschen Hauptstadt verbessern kann. Sowohl Amsterdam als auch Berlin haben in den vergangenen

Jahren stark steigende Besucherzahlen, auch aus dem jeweils anderen Land, verzeichnet. In Berlin stellen niederländische Besucher mit rund 800.000 Übernachtungen inzwischen die fünftgrößte ausländische Gästegruppe. Die Fahrzeit mit dem Zug von über sechs Stunden schmälert jedoch die Attraktivität der Strecke und die Konkurrenzfähigkeit der Bahn gegenüber dem Flugverkehr. Um die Zugfahrt zwischen den beiden europäischen Metropolen in deutlich unter sechs Stunden anbieten zu kön-



Mit dem Kollegen Ansgar Heveling im Niederländischen Parlament.

der Niederländischen und Deutschen Bahn. Neben außenpolitischen Fragen und den wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen beiden Ländern standen vor allem die Themen Infrastruktur und grenzüberschreitende Mobilität im Mittelpunkt der Gespräche.

Die zunehmende Globalisierung des Handels und die wirtschaftliche Verflechtung mit unseren Nachbarstaaten haben zur Folge, dass eine steigende Anzahl von Gütern in den niederländischen Häfen umgeschlagen werden, bevor sie entlang des europäischen Gü-



Wenn der Zugverkehr zwischen den Niederlanden und Deutschland am Prellbock endet.

nen, haben wir mit unseren niederländischen Kollegen verschiedene Lösungsansätze diskutiert. Hierzu zählen der Einsatz von Sprinterzügen in ICE-Qualität, die Anschaffung von Elektroloks sowie eine mögliche Reduzierung der Zwischenhalte.

Für beide Anliegen werden wir uns an diese Verkehrsminister der beiden Länder wenden und darum bitten, die Planungs- und Vorbereitungsprozesse nochmals zu beschleunigen.

MIGRATION

Werkstattgespräch der CDU zu Migration, Sicherheit und Integration

In dieser Woche fand das 1. Werkstattgespräch der CDU zu den Themen Migration, Sicherheit und Integration statt. Zwei Tage lang diskutierten Politiker mit Experten und Praktiker über Vorschläge zur besseren Steuerung der Migration und Maßnahmen für eine erfolgreiche Integration. In den vergangenen Jahren wurde bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen umgesetzt, damit sich eine Situation wie im Jahr 2015 nicht wiederholt. Die aktuellen Asylantragszahlen belegen, dass diese Maßnahmen richtig und erfolgreich waren. Gleichwohl gibt es gerade in Hinblick auf die Durchführung von Abschiebungen, der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene aber auch im Umgang mit straffällig gewordenen Flüchtlingen nach wie vor Probleme. Deshalb war es wichtig, dass Annegret Kramp-Karrenbauer mit dem Werkstattgespräch ein Forum geschaffen hat, bei dem Praktiker wie Bundespolizisten oder die Ver-

antwortlichen bei den Kommunen zu Wort kommen, die die Herausforderungen und Probleme am besten kennen.

Am Ende der zwei Tage steht ein Ergebnispapier, welches die Probleme klar benennt, aber ebenso konkrete Lösungsvorschläge aufzeigt. Dazu gehören beispielsweise:

- der Aufbau eines Migrationsmonitors als Grundvoraussetzung dafür, dass sich eine Situation wie in 2015 nicht wiederholt. Migrationsbewegungen können so in einem Frühwarnsystem dargestellt werden. Rasant ansteigende Flüchtlingsbewegungen kommen damit weniger überraschend.

- die Forderung, dass es in der EU nur ein einmaliges Asylverfahren für einen Bewerber geben darf. Damit verbunden ist das Ziel, gemeinsame Standards für die Anerkennung von Asyl in Europa festzulegen. Dies würde auch den Migrationsdruck auf Deutschland senken. Langfristig sollte direkt an den

EU-Außengrenzen geprüft werden, ob ein Anspruch auf einen Schutzstatus vorliegt und sofern nicht, von dort die Rückführung erfolgen.

- die Forderung, dass Asylbewerber, die zu einer Strafe von 90 Tagessätzen oder mehr verurteilt werden, die Gewalt gegen Polizisten oder Sexualstraftaten verübt haben, sofort ausgewiesen werden. Schutzberechtigten muss der Schutzstatus entzogen werden.

- die Forderung, die Voraussetzungen für die Anordnung von Abschiebhaft zu lockern, damit ausreisepflichtige Personen nicht mehr untertauchen können. Ebenso soll Staaten, die sich bei der Ausstellung von Passersatzpapieren nicht kooperativ zeigen, mit restriktiver Visapolitik oder der Kürzung von Entwicklungshilfe begegnet werden.

Das gesamte Ergebnispapier sowie weitere Informationen zur Asyl- und Migrationspolitik können Sie auf der [Seite der CDU](#) einsehen.

LOBBYREGISTER

Lobbyismus regulieren - nicht das freie Mandat

Repräsentative Demokratie lebt von der Abwägung verschiedener Interessen. Interessenvertretung ist dafür unverzichtbar. Der Bundestag kann keine Frage entscheiden, ohne dass die Abgeordneten wissen, welche unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen es gibt. Deshalb ist es wichtig, ständig im Austausch zu sein. Im Wahlkreis mit den Bürgern, Kammern, Initiativen oder Unternehmen, in Berlin mit den meist professionell organisierten Interessenvertretern. In einer Demokratie ist es auch nichts Verwerfliches, Interessen zu bekunden. Interessen haben wir alle, jeder Bürger, jeder Verein, jedes Unternehmen, jede Bürgerinitiative, die Kirchen, die Verbände, einfach jeder. Wir leben schließlich in einer pluralen Gesellschaft.

Trotzdem nimmt beim Thema Lobbyismus das Unbehagen in der Öffentlichkeit zu. Viele Menschen verbinden damit Mauscheleien und verbotene Einflussnahme. Das mag übertrieben sein,

dennoch kann man die zunehmende Besorgnis der Menschen nicht einfach abtun. Ziel muss sein, die Transparenz des Austauschs von Politik und Interessenvertretern zu erhöhen.

Der Bundestag stützt sich dort bislang auf die Regelung einer öffentlichen Liste von Interessenvertretern. Diese Regelung gibt es seit 1972, und sie hat lange funktioniert; heute kann sie den neuen Anforderungen nicht mehr genügen. Nach fast fünf Jahrzehnten ist es an der Zeit, dem berechtigten Teil der Rufe nach weiterer Transparenz mit einer Neuregelung gerecht zu werden.

Mit einem neuen, umfangreicheren Lobbyverzeichnis kann der Bundestag den Zutritt von Interessenvertretern zu seinen Gebäuden und den Zugang zu parlamentarischen Anhörungen besser erfassen und steuern. Eintragen sollten sich künftig nicht nur Verbände, sondern auch Unternehmen, die Interessen gegenüber dem Bundestag vertreten wollen. Diese Eintragung sollte wei-

tergehende Angaben als bislang erfordern, ab bestimmten Schwellenwerten beispielsweise auch die Anzahl der Beschäftigten, die mit Interessenvertretung unmittelbar beauftragt sind, und auch Zahlen über die finanziellen Aufwendungen.

Wenn der Bundestag sich ein neues Lobbyverzeichnis gibt, sollte er die Angaben darin schützen; falsche Angaben müssen zu einem Bußgeld führen. Dafür muss im Ordnungswidrigkeitengesetz der Paragraph 112 „Verletzung der Hausordnung eines Gesetzgebungsorgans“ entsprechend erweitert werden. Das skizzierte Paket stellt für mich einen Ansatz dar, der dem berechtigten Ruf nach mehr Transparenz sowie dem freien Mandat gleichermaßen gerecht wird.

Dieser Artikel wurde zuerst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12.02.2019 veröffentlicht. Den gesamten Artikel können Sie [hier](#) lesen.

WAHLKREIS I

Neujahrsempfang der CDU Bitburg-Prüm mit Ralph Brinkhaus



Zum Neujahrsempfang der CDU Bitburg-Prüm war in diesem Jahr der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagfraktion Ralph Brinkhaus als Festredner geladen. Mit einer tollen Grundsatzre-

de begeisterte er die anwesenden Gäste und stimmte auf das vor uns liegende Wahljahr mit Kommunal- und Europawahl ein.

WAHLKREIS II

Diskussionsrunde zur Dorfgestaltung in Gilzem



Zum Thema „Wie gestalte ich mein Dorf - Mitarbeit im Gemeinderat“ habe ich gemeinsam mit Moritz Petry, Bürgermeister der VG Südeifel, und Hans-Alwin Schmitz, Mitglied im Stadtrat Trier



und Ortsvorsteher von Euren, diskutiert. Eine gelungene Diskussionsrunde, die vom Vorsitzenden des CDU Ortsverbandes Alsdorf-Gilzem, Jürgen Kockelmann, organisiert und moderiert wurde.

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

... hat Gerhard Schröder in dieser Woche mal wieder zum Rundumschlag ausgeholt. In einem Interview mit dem Spiegel warf er Andrea Nahles Amateurfehler vor und sprach ihr die Kompetenz für die Kanzlerkandidatur ab. Für eine erfolgreiche Kanzlerkandidatur benötige man ökonomische Kompetenz. Auf die Frage, ob Andreas Nahles diese habe, antwortete Schröder wörtlich: „Ich glaube, das würde nicht mal sie selbst von sich behaupten.“

Viel lieber würde Schröder Sigmar Gabriel in der Rolle des künftigen Kanzlerkandidaten sehen. Dieser sei so Schröder wörtlich „der begabteste Politiker, den wir in der SPD haben“. Nun gut. Vermutlich hat Schröder nach seiner Kanzlerschaft einfach zu viel Zeit mit seinem Freund Putin beim Bärenjagen in der russischen Steppe verbracht und die deutsche Tagespolitik nicht weiter verfolgt. Aber vielleicht sollte einer seiner Berater ihm einmal mitteilen, dass Gabriel bereits acht Jahre als SPD-Bundevorsitzender hinter sich, zwei Mal eine Kanzlerkandidatur ausgeschlagen und die SPD unter seinem Parteivorsitz das zweitschlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte eingefahren hat. Bei derartigen Rettungsideen vom Altkanzler hilft auch das beste Programm zur Erneuerung nichts mehr.

Aber einen Beweis hat Schröder mit seinem Interview erbracht: Niveau und guter Stil sind keine Frage des Alters.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227 71881
Fax: 030/227 76240

[E-Mail](#) • [Webseite](#)
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)